

im Ausschuss Antrag gestellt hat, die selbst wenn man die Kürzungen noch mit in Betracht zieht, eine Mehrbelastung der Vorgabe von 100 Millionen Mark ergeben.

Wie weit man die Dinge getrieben hat, zeigt folgendes. Als wir den Gesetzentwurf im Ausschuss beraten hatten, kam eine Fraktionserklärung, abgegeben durch Herrn Ludtke, des Inhalts, daß man dem Beschlusse der Kommission nur zustimme, wenn im kommenden Etat in allen Positionen 10 Prozent gekürzt werden. Das hinderte ihn aber nicht, unmittelbar nach dieser Erklärung eine Anleihe von 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Ich halte es für notwendig, einmal in der Öffentlichkeit hervorzuheben, welche Demagogie man in dieser Fraktion zu treiben beliebt. *Stenographischer Bericht S. 12024.*

Diese vernichtende Kritik ergänzte dann noch der deutschnationale Abgeordnete Schmidt (Stettin). Abgeordneter Ludtke antwortete in steigender Erregung und wiederholte seine im Ausschuss ausgesprochene Behauptung, keine Anträge hätten bei weitem nicht die finanzielle Wirkung, die ihnen zugesprochen werde. Prompt bedachte ihn der Regierungskommissar, Ministerialdirigent Ziegler als vom Reichspostministerium, mit unansehnlichem Zahlenmaterial zu. Dann sprach der im allgemeinen recht sachliche und zurückhaltende Abgeordnete Bauer von der Bayerischen Volkspartei folgenden Urteils über den Vertreter der Wirtschaftspartei aus:

„Wohl selten hat ein Abgeordneter hier im Reichstag eine so große und blamable Niederlage erlitten, als sie heute dem Herrn Kollegen Ludtke zuteil wurde. Der Herr Abgeordnete hat gemeint, ein Abgeordneter müßte doch das Recht haben, mitzusprechen, wenn es gelte, ein schreiendes Unrecht zu belegen. Dieses Recht wird ihm selbstverständlich niemand bestreiten. Aber es gibt auch ungeschriebene Rechte, die der Abgeordnete nicht mißbrauchen darf. Es wird, glaube ich, wenige Abgeordnete geben, die diese ungeschriebenen Rechte schon so sehr mißbraucht haben, wie gerade der Herr Kollege Ludtke es im Haushaltsausschuss und auch hier im Plenum wieder getan hat. Es ist ein Mißbrauch dieser ungeschriebenen Rechte, wenn man durch eine Willkürfabrikation von Unfällen den Beamten draußen etwas nachmachen will, an dessen Unschädlichkeit und Unverfügbarmkeit man nach Lage der Verhältnisse vorworgehen nicht zweifeln kann.“

Der Abgeordnete hat auch nicht das Recht, logische Parabeln zu schlagen. Beamte Parabeln sind es aber, wenn man zugunsten der Beamten solche Forderungen aufstellt und gleichzeitig eine berechnete Stimmernummer verlangt; wenn man seinen eigenen Anträgen eine solche Kostenberechnung zugrunde legt und dann behauptet, daß die Berechnung der Regierung falsch sei. *Stenographischer Bericht S. 12028.*

Man kann wohl sagen, daß der ganze Reichstag mit Ausnahme der Freunde des Abgeordneten Ludtke diesem Urteil im Herzen zugestimmt hat. Die Anträge der Wirtschaftspartei werden vielfach durch im Plenum reiflos der Ablehnung. Ein Beispiel eines in der Unterdeputation aus dem Abstimmungen zur zweiten Lesung verdient registriert zu werden. Auf Veranlassung und unter Führung des Zentrums hatten die Regierungsparteien (Druckdruck Nr. 3797) die Einsetzung von vier neuen Paragraphen (40 bis 43) beantragt, die den ersten praktischen Schritt von durchgreifender Wirkung auf die Verminderung der Beamtenstellen bedeuten. Die Opposition war gegen diese Vorschläge. Beim § 40 (neu) beantragt die Sozialdemokratie Verweigerung des Antrages an den Ausschuss, was gleichbedeutend mit seiner vorläufigen Ablehnung gewesen wäre. Die Abstimmung war zweifelsfrei, es mußte durch Hammelsprung entschieden werden. Siehe das Mit den Sozialdemokraten und der übrigen Opposition betreten die Mitglieder der Wirtschaftspartei den Saal durch die Tür. Sie waren alles mit dabei, diese ersten wirklichen Anfänge einer Verwaltungsreform abzuwehren, zu zerstückeln. Mit sehr knapper Mehrheit wurde aber dieser Versuch abgelehnt.

Darauf beantragte die Zentrumspartei für die nun folgende Entscheidung über den § 40 neue namentliche Abstimmung, um diese ungläubige Stellungnahme der Wirtschaftspartei allemal festzulegen. Neue Ueberraschung: Den Männern um Dreywig war inzwischen die Erkenntnis ihrer riesigen Dummheit gekommen; sie stimmten jetzt für den vom Zentrum stammenden neuen Paragraphen.

In der dritten Lesung übernahm dann plötzlich der Abgeordnete Eisenberger die Führung der Fraktion der Wirtschaftspartei. Er brachte einen Antrag ein, die Neuordnung der Besoldungsordnung zu vertragen und sich vorläufig mit abgestuften prozentualen Zuschlägen auf das Grundgehalt zu behelfen. Eisenberger verlasste diesen Vorschlag sachlich zu begründen, deshalb blieb seine Rede ohne die sonst übliche Wirkung. Der Antrag, dessen Unterzeichner die Anerkennung der Dringlichkeit der Besoldungsreform durch ihre Fraktionsgenossen Dreywig und Ludtke anscheinend schon ganz vertagelt hatten, verfiel gegen die Stimmen der Antragsteller der Ablehnung. Eine geradezu lächerliche Demonstration! Bei der Schlußabstimmung über die Besoldungsreform trennten sich die Deutschhannoveraner von ihren Fraktionsgenossen: Von den 21 Mitgliedern der Wirtschaftspartei stimmten vier mit ja, 15 mit nein, zwei fehlten. Das gesamte Ergebnis der Schlußabstimmung war bekanntlich 333 ja, 53 nein und 16 Stimmenthaltungen.

Das ist die wechselvolle Geschichte der Politik der Wirtschaftspartei zur Frage der Beamtenbesoldung. Man muß sie zweimal lesen und die Feststellungen in Ruhe auf sich wirken lassen. Daß dem Mittelstande, dessen schwierige Lage niemand leugnet, von Politikern solchen Schlages keine Hilfe kommen kann, dürfte allmählich auch von manchem eingesehen werden, der bisher auf die Agitationsbräute dieser „Geschichtsmacher“ gehört hat.

Die neue Kältewelle

London, 29. Dezember.

Obwohl es gelungen ist, die Folgen der letzten Schneefälle und des Sturmes in England in gewissem Grade zu beheben, ist der Verkehr noch außerordentlich behindert. Im Eisenbahnverkehr sind immer noch Verspätungen durch gestörte Weichen und Signalanlagen zu verzeichnen. Die Straße von London nach Epsom ist durch einen 15 Fuß hohen Schneewall gesperrt. — Auf dem Kanal herrscht noch immer schwerer Sturm. Zwischen Dover und Calais konnten keine Dampfer verkehren. Die Southern Railway hatte den Versuch gemacht, mit zwei Dampfern den Dienst Folskeote - Boulogne aufzunehmen. Bei Eintreffen des Dampfers „Esquadin“ in Folskeote, der 850 Passagiere aus Boulogne landete, wurde jedoch festgestellt, daß das Schiff infolge der erlittenen Beschädigungen für eine Woche außer Dienst gestellt werden muß. Geküht ist ein ebenfalls der Gefahr gefährdeter Dampfer bei dem Versuch, aus Dover auszulaufen beschädigt worden. Dagegen ist der Verkehr zwischen Newhaven und Dieppe und zwischen Southampton und Le Havre aufrechterhalten worden. Auch der Flugverkehr ist immer noch eingestellt.

Paris, 29. Dezember. Aus ganz Frankreich kommen Meldungen über Verheerungen durch Stürme und Ueber-

Zur Frage des Preussischen Konkordats

Eine Stellungnahme des Bischöflichen Ordinariats Mainz

Das Bischöfliche Ordinariat der Diözese Mainz teilt folgendes mit:

Die Kunde von Verhandlungen, die zwischen dem Vertreter des Heiligen Stuhles und der Staatsregierung über Neuordnung von Verhältnissen der katholischen Kirche in Preußen eingeleitet sind hat Anlaß gegeben zu einer Bewegung in nicht-katholischen Kreisen, die den Episkopat mit Sorge erfüllt. Die in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten haben daher beschlossen, die nachstehende Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben:

Die von gewisser Seite aufgestellte Forderung, der Staat solle die einschlägigen Angelegenheiten selbständig durch Staatsgesetz regeln, beruht auf einer irrigen Voraussetzung. Die von Christus dem Herrn gegründete Kirche leitet ihre Befugnisse unmittelbar von Christus und nicht von der Autorität des Staates ab. Staatliche und kirchliche Autorität sind jede auf ihrem Gebiete selbständig. Daraus folgt von selbst, daß in Angelegenheiten, die gemeinsamer Natur sind und die Rechts- und Aufgabengebiete beider Autoritäten betreffen, die Verhältnisse durch Vereinbarung beider geordnet werden müssen. Solche Neuordnung ist nach der tiefgreifenden Umgestaltung von Verhältnissen des öffentlichen Lebens, die im letzten Jahrzehnt eingetreten ist, notwendig geworden.

Für die katholische Kirche ist zur Neuordnung nicht der einzelne Bischof, auch nicht die Bischofskonferenz zuständig, sondern der Apostolische Stuhl, da nach katholischer Glaubenslehre der Papst als Stellvertreter des Heiligen Petrus in Christus in der Leitung der Gesamtkirche umfaßt, während dem einzelnen Bischofe nur die Hirtenregulierung in der einzelnen Diözese übertragen ist, um in ihr nach des Apostels Worte „die Kirche Gottes zu regieren“ in Unterordnung unter die höchste kirchliche Autorität.

Daher hat das ganze katholische Volk ein Anrecht darauf, daß die Neuordnung der Verhältnisse, bei der keineswegs ein Nebergang in das Gebiet der staatlichen Zuständigkeit zu befürchten ist, durch Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhle erfolgt. Die Verhandlungen unzulässig zu machen, würde ein Eingriff in die Rechte der Kirche durch den Staat sein, das nicht nur der katholischen Kirche, sondern auch dem christlichen Volk gegenüber, die Forderung vertritt, daß die Neuordnung der einschlägigen Verhältnisse auf dem Wege erfolgt, der eben so den unveräußerlichen Rechten der katholischen Kirche wie der Stellung des Staates entspricht. Es würde nicht zum Frieden dienen, wenn solche Neuordnung

in einer Weise angeht, die auf die Grundrechte der katholischen Kirche nicht gebührende Rücksicht nähme.

Einsig zur Behebung von Zwistigkeiten über die Natur und Notwendigkeit der künftigen Verhandlungen und damit zur Wahrung des öffentlichen Friedens möge diese unsere Erklärung dienen.

Zur Reichsreform

Eine preussische Stimme.

Berlin, 20. Dezember.

Der langjährige Vertreter Preußens im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Robio, entwickelt in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ den preussischen Standpunkt zur Reichsreform. Er betont besonders stark die unitarische Einsetzung Preußens die schon in dem Beschluß der preussischen Landesversammlung vom 17. Dezember 1910 zum Ausdruck kam, an die Reichsregierung zu appellieren, sie möge nach der Einbringung der endgültigen Reichsverfassung mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verbindung treten.

Ministerialrat Dr. Robio sagt dann wörtlich: „Als Staat zu verschwinden und in einem wirklich einheitlichen Deutschland aufzugehen, das will Preußen letzten Endes, aber es wünscht freilich auch, daß die anderen Länder den gleichen Weg mitgeben, denn sonst wäre es für Preußen ein Schicksal, die ihm durch die Weimarer Verfassung gegebene Selbstbestimmung zu verlieren. Die Weimarer Verfassung hat Preußen die Kompetenz gegeben, die ihm durch die Reichsverfassung zufließen soll. Es ist ein großes Anliegen, daß die weitere Aufrechterhaltung von selbst verbietet, und für die preussische Regierung kommt dann vielfeiert der psychologische Moment, in dem es nebenher erscheint, die eigene Verwaltung in die Hände des Reiches zu übergeben, ein Schritt, mit dem ohne weiteres der jetzige Aufbau des Reichsrates zusammenbrechen würde, so daß der preussische Schritt dann voraussichtlich die unmittelbare Nachfolge der meisten anderen Länder finden müßte.“

Schwemmungen, sowie über eine neue Kältewelle. In Paris ist das Thermometer im Laufe des gestrigen Tages auf 2 Grad unter Null gefallen.

Rom, 29. Dezember. Die aus Triest gemeldet wird, mehr dort seit gestern ein heftiger Sturm, der eine Geschwindigkeit von 80. Stellenweise von 120 Kilometer in der Stunde erreichte. Die im Hafen vor Anker liegenden Dampfer mußten die Befehlshausgasse verlassen. In Neapel hat eine heftige Flutwelle den Kai der Via Caracciolo auf eine Strecke von 300 Meter zum Einsturz gebracht und die Keller der am Ufer liegenden Häuser überschwemmt. Auch in Pozzuoli hat eine Flutwelle Beschädigungen verursacht.

Stalins Säuberungsaktion

Kowno, 29. Dezember.

Die aus Moskau gemeldet wird, hat die Zentral-Kontrollkommission den Ausschluß von 18 Mitgliedern der welt-russischen kommunistischen Partei, denen vorgeworfen wird, mit der Trotzkischen Opposition zusammengearbeitet zu haben, bestätigt. Halbamtlichen Mitteilungen zufolge sind innerhalb von vier Monaten 1117 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden. Weitere Ausschüsse stehen bevor. Auch die diplomatischen Handelsvertretungen im Ausland sollen auf Grund eines Beschlusses der Zentral-Kontrollkommission von oppositionellen Elementen geäubert werden.

Die Abrüstungsbesprechungen in Prag

Beginn am 24. Januar.

London, 28. Dezember.

Der Genfer Vertreter der „Westminster Gazette“ meldet, daß die Vorsitzenden der Abrüstungs- und Sicherheitskommission auf Einladung des Vorsitzenden der Sicherheitskommission, Dr. Beneš, am 24. Januar in Prag zusammentreffen werden, um die Tagesordnung der Kommission für ihre nächste Tagung am 20. Februar festzusetzen. Der japanische Direktor der politischen Abteilung des Völkerbundes, Sasaki, wird sich am 3. Januar nach Rom, Paris und London begeben, um sich persönlich mit den verantwortlichen Staatsmännern über die praktischen Möglichkeiten des Sicherheits- und Schiedsgerichtswesens zu unterhalten. Sasaki hofft, keine Verhandlungen in den drei Hauptstädten rechtzeitig zum Abschluß bringen zu können, damit er noch der Geopfer Zusammenkunft für die Festsetzung der Tagesordnung teilzunehmen vermag.

Mexiko und die U. S. A.

Washington, 28. Dezember.

Die Einbringung der Del-Nouvelle durch Präsident Calles hat in den hiesigen Regierungskreisen große Befriedigung ausgelöst; Präsident Coolidge erwiderte dieses Entgegenkommen, indem er dem Staatsdepartement die Anweisung gab, die Ausfuhr der von der mexikanischen Regierung in den Vereinigten Staaten angekauften, jedoch von der Regierung der U. S. A. zurückgehaltenen 15 Flugzeuge und eines größeren Quantums Munition zu gestatten. Künftige Anträge der mexikanischen Regierung auf Waffen- und Munitionsmehrungen sollen wohlwollend geprüft werden, während bisher das Embargo der amerikanischen Regierung auf Ausfuhr von Waffen und Munition nach Mexiko gleichmäßig gegen die mexikanische Regierung wie gegen Privatpersonen aufrechterhalten worden war.

Ein gewisses Unbehagen hat der Beschluß des mexikanischen Senats heraufgerufen, zugunsten der Errichtung eines lateinamerikanischen Staatenbundes eine Verfassungsänderung aller lateinamerikanischen Republiken dahingehend vorzunehmen, daß unter der Bedingung der Gegenseitigkeit den Angehörigen der anderen lateinamerikanischen Republiken Staatsbürgerrechte gewährt werden. Mexiko würde also, falls das Unterhaus dem Senatsbeschluß zustimmt, allen Südamerikanern, die sich in Mexiko niederlassen, das mexikanische Bürgerrecht verliehen. In hiesigen politischen Kreisen wird jedoch dieser Beschluß mehr als Besä, denn als praktisch bedeutsam aufgefaßt. Ein Einwand Auswanderung zwischen den lateinamerikanischen Ländern kaum besteht, abgesehen von den bolivianischen Saisonarbeitern in den argentinischen Salpeterlagern und den chilenischen Landarbeitern auf den argentinischen Farmen; insbesondere ist die Auswanderung mexikanischer Arbeiter nach den Vereinigten Staaten sehr viel größer als die Einwanderung von Südamerikanern nach Mexiko. Man bezweifelt daher, daß der Beschluß des mexikanischen Senats in Südamerika ein nennenswertes Echo finden wird.

Die Belegung von „S 4“ tot

London, 28. Dezember.

Wie aus Newport gemeldet wird, hat Marinestaffel W 11 Bour an den Befehlshaber des ersten Marinebezirks in Boston eine Mitteilung gerichtet, in der die Belegung des gesunkenen Unterseebootes S 4 offiziell als tot erklärt wird. Der Tod des Hauptteils der Belegung wird als vom 17. datiert angegeben, während die sechs im Torpedoraum eingeschlossenen Matrosen als am 21. Dezember umgekommen gelten. Die Arbeiten zur Hebung des Wracks werden augenblicklich noch fortgesetzt. Man glaubt jedoch in Marinekreisen nicht, daß die Hebung vor dem Frühjahr möglich sein wird.

Ein deutscher Bischof in Indien

Mit Zustimmung der englisch-indischen Regierung ist der deutsche Erzbischof Döring zum Bischof von Poona in Britisch-Indien ernannt worden. Erzbischof Döring, ein geborenener Westfale, war von 1895 bis 1907 Bischof in Indien und wurde dort Bischof. Im Weltkrieg mußte er mit den deutschen Jesuiten Indien verlassen. Der Papst ernannte ihn zum Erzbischof. Später ging er als Missionar nach Hiroshima in Japan. Von dort kehrt er nun in sein Missionsgebiet zurück.

Italienische Missionare in China befreit

Hongkong, 28. Dezember.

Der britische Konsul „Seraph“ befreite gestern eine Anzahl italienischer Geistlicher und Schwestern, die am 22. Dezember von Kommunisten gefangen worden waren.

* Die Führung von Ambozeigungen. Aus Anlaß des Inkrafttretens des Besoldungsgesetzes bestimmt der Reichspräsident in einer solchen im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Verordnung, daß Reichsbeamte, deren bisherige Amtsbezeichnung in dem neuen Besoldungsgesetz nicht vorgeführt ist, ihre bisherige Amtsbezeichnung in und außer Dienst weiterführen dürfen. In Zweifelsfällen entscheidet die oberste Reichsbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister.